



# Pressemitteilung

17. März 1982  
Nr. 112/82

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gibt bekannt:

Der Bundeskanzler hat heute sieben Mitglieder des Zentralrates deutscher Sinti und Roma und dessen Vorsitzenden Romani Rose, der auch Vizepräsident der internationalen " Romani Union " ist, zu einem ausführlichen Gespräch empfangen.

Die Vertreter des Zentralrates haben dem Bundeskanzler ihre Anliegen vorgetragen und vor allem dargestellt, welche Vorurteile und Schwierigkeiten den Sinti und Roma auch heute noch begegnen.

Es bestand Einigkeit, daß in intensiven Gesprächen mit den Bundesressorts seit Erstellung des Memorandums vom 2. November 1979 wichtige Schritte für eine bessere Integration zum Beispiel in den Bereichen der Einbürgerung oder der Bildung und Ausbildung eingeleitet wurden. Dies gilt auch für die Überprüfung der Praxis bei der polizeilichen Datenerfassung.

Der Bundeskanzler und der Zentralrat waren sich auch darin einig, daß die Integration von Minderheiten nur in einem Klima wechselseitiger Toleranz möglich ist und daß dazu das Wissen um und die Bewältigung geschichtlicher Hintergründe erforderlich ist.

Deshalb stand im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundeskanzlers mit dem Zentralrat auch die moralische Wiedergutmachung für die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma durch die NS-Diktatur. Der Bundeskanzler hat hierzu folgende Erklärung abgegeben:

" Sinti und Roma ist durch die NS-Diktatur schweres Unrecht zugefügt worden. Sie wurden aus rassistischen Gründen verfolgt. Viele von ihnen wurden ermordet. Diese Verbrechen haben den Tatbestand des Völkermordes erfüllt. "

Der Bundeskanzler hat dem Zentralrat seine Unterstützung dabei zugesagt, bei der Behandlung der Anliegen der Sinti und Roma innerhalb der Bundesregierung und in der Öffentlichkeit diesen moralischen Aspekt zu beachten. In diesem Zusammenhang hat der Bundeskanzler auch seine Sympathie für das vom Zentralrat angestrebte Kulturzentrum geäußert, das einer kulturellen, sozialen und beruflichen Förderung für Sinti und Roma dienen soll.

Die Vertreter des Zentralrates baten den Bundeskanzler außerdem, die Frage der Wiedergutmachungsregelung in einzelnen Punkten - wie Renten für die wenigen noch lebenden Opfer - noch einmal zu prüfen.

Der Bundeskanzler hat erklärt, daß er sich für eine Bundestagsdebatte über die NS-Verfolgung und die heutigen Probleme der Sinti und Roma einsetzen will.